

Wortprotokoll

Sitzung 32. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2015/2019
20. Legislaturperiode

Datum Donnerstag, 13. Dezember 2018, 18:30 Uhr

ort im Rathaussaal

Anwesend

37 Mitglieder des Gemeinderats
ab 18:41 Uhr 38 Mitglieder und ab 19:06 Uhr 39 Mitglieder des Gemeinderats
5 Mitglieder des Stadtrats

Abwesend

GR Wipf

Absolutes Mehr

19 / 20 (ab 18:41 Uhr)

Später eingetroffen

GR Sanfilippo ab 18:41 Uhr, GR Jäggi ab 19:06 Uhr

Vorzeitig weggegangen

–

Vorsitz

GRP Elmar Raschle

Protokoll

STS Michael Stahl, Tatiana Abate

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 15. November 2018

Einbürgerungen gemäss Beilage

2. Awad geb. Köhler, Brigitta / Awad, Ryan
3. Bauer, Sven
4. Cana geb. Imeri, Mujesere
5. Cavaliere, Giuseppe / Cavaliere geb. Irrera, Tiziana / Cavaliere, Laura / Cavaliere, Chiara
6. Demirkiran, Timur / Demirkiran geb. Bekcioglu, Selin / Demirkiran, Defne
7. Djaferi, Ljavidim / Djaferi Sadiki, Ardita / Djaferi, Aron / Djaferi, Levin
8. Eich, Patrick / Eich geb. Skupin, Nina / Eich, Josefine / Eich, Vivienne
9. Fanelli, Fabio

10. Fanelli, Markus
11. Freiter, Jens / Conz, Kerstin / Freiter, Antonia / Freiter, Franziska
12. Fritz, Leon
13. Fritz, Rainer / Reisch-Fritz, Silvia / Fritz, Levin
14. Fuchs, Bernd / Fuchs geb. Hartmann, Melina / Fuchs, Aurelia / Fuchs, Lavinia
15. Gensch geb. Pacifico, Marialuisa / Gensch, Leon
16. Hagin, Lucas
17. Huber, Klaus / Huber geb. Reuter, Susanne / Huber, Lea
18. Kasami, Kushtrim
19. Lloqanaj, Merlinda
20. Melone, Fabio
21. Osmani, Iljber / Osmani, Leart
22. Riedmüller, Harald / Sooth-Riedmüller, Nicole / Riedmüller, Nicolas / Riedmüller, Caroline / Riedmüller, Nina
23. Sedlmeyer, Klaus / Sedlmeyer geb. Dieners, Ortrun / Sedlmeyer, Loris
24. Sigrist geb. Hudler, Martina
25. Staniszewska, Natalia
26. Vasic, Dusko
27. Von Beringe, Andreas

Wahlen

- 27.1 Ersatzwahl in die Kommissionen

Botschaften

28. Kreditbegehren für eine Fahrpreisreduktion der Einzelbillette und Mehrfahrtenkarten zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (Zone 256) für die nächsten vier Jahre (2019 bis 2022) mit einer jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich rund CHF 105'000.–
(Option A: zusätzlich rund CHF 20'000.– pro Jahr für eine weitere Fahrpreisreduktion mit einer jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich rund CHF 125'000.–
Option B: zusätzlich rund CHF 40'000.– pro Jahr für eine weitere Fahrpreisreduktion mit einer jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich rund CHF 145'000.–)
29. Nachtrag zum Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Kreuzlingen und der Genossenschaft Schwimmbad Hörnli betreffend Auflösung des Servituts zu Lasten der Parzelle Nr. 5064 der Stadt Kreuzlingen

Verschiedenes

30. Beantwortung schriftliche Anfrage zu bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Kreuzlingen
31. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Der Sturm Marielou hat uns so richtig zerzaust. Zum Glück blieben die Schäden gering. Ab und zu ein entwurzelter Baum, die letzten Buchennüsse und Blätter wurden von den Ästen geschüttelt. Doch jetzt ist es wieder ruhig. Vor ihnen habe ich ein paar Äste von einer umgestürzten Fichte auf die Holzscheibe gelegt, mit einer Kerze als Vorbote für die kommende Weihnachtszeit. Ich hoffe, dass sie über die Weihnachtszeit und den Jahreswechsel ein paar ruhige Tage geniessen können. Nun hoffe ich, dass die bevorstehende Gemeinderatssitzung nicht zu stürmisch verläuft. Sonst wäre das das Sturmtief Oswalde. Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrats und Gemeinderats, sehr geehrte Vertreter der Presse, geschätzte Gäste, ich begrüsse sie zur letzten Gemeinderatssitzung des Jahres 2018. Obwohl wir uns im Anschluss an die Sitzung zu unserem traditionellen Jahresabschluss treffen, wollen wir uns die Zeit nehmen, alle Traktanden mit der gewohnten Gründlichkeit zu beraten.

Traktandenliste

Der Ratspräsident: Das Büro möchte eine Änderung der Traktandenliste vorschlagen. Aufgrund des Rücktritts von GR Wipf soll nach den Einbürgerungen das Traktandum „27.1 Ersatzwahl in die Kommissionen“ behandelt werden.

Abstimmung: Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung **einstimmig** genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 15. November 2018

Abstimmung: Das Protokoll wird mit **35 Ja-Stimmen** bei 2 Enthaltungen **genehmigt**.

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

Einbürgerungen gemäss Beilage

2. Awad geb. Köhler, Brigitta / Awad, Ryan

Entscheid: Awad geb. Köhler, Brigitta / Awad, Ryan wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

3. Bauer, Sven

Entscheid: Bauer, Sven wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Cana geb. Imeri, Mujesere

Entscheid: Cana geb. Imeri, Mujesere wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Cavaliere, Giuseppe / Cavaliere geb. Irrera, Tiziana / Cavaliere, Laura / Cavaliere, Chiara

Entscheid: Cavaliere, Giuseppe / Cavaliere geb. Irrera, Tiziana / Cavaliere, Laura / Cavaliere, Chiara wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

6. Demirkiran, Timur / Demirkiran geb. Bekcioglu, Selin / Demirkiran, Defne

Entscheid: Demirkiran, Timur / Demirkiran geb. Bekcioglu, Selin / Demirkiran, Defne wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

7. Djaferi, Ljavidim / Djaferi Sadiki, Ardita / Djaferi, Aron / Djaferi, Levin

Entscheid: Djaferi, Ljavidim / Djaferi Sadiki, Ardita / Djaferi, Aron / Djaferi, Levin wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

8. Eich, Patrick / Eich geb. Skupin, Nina / Eich, Josefine / Eich, Vivienne

Entscheid: Eich, Patrick / Eich geb. Skupin, Nina / Eich, Josefine / Eich, Vivienne wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

9. Fanelli, Fabio

Entscheid: Fanelli, Fabio wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

10. Fanelli, Markus

Entscheid: Fanelli, Markus wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

11. Freiter, Jens / Conz, Kerstin / Freiter, Antonia / Freiter, Franziska

Entscheid: Freiter, Jens / Conz, Kerstin / Freiter, Antonia / Freiter, Franziska wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

12. Fritz, Leon

Entscheid: Fritz, Leon wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

13. Fritz, Rainer / Reisch-Fritz, Silvia / Fritz, Levin

Entscheid: Fritz, Rainer / Reisch-Fritz, Silvia / Fritz, Levin wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

14. Fuchs, Bernd / Fuchs geb. Hartmann, Melina / Fuchs, Aurelia / Fuchs, Lavinia

Entscheid: Fuchs, Bernd / Fuchs geb. Hartmann, Melina / Fuchs, Aurelia / Fuchs, Lavinia wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

15. Gensch geb. Pacifico, Marialuisa / Gensch, Leon

Entscheid: Gensch geb. Pacifico, Marialuisa / Gensch, Leon wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

16. Hagin, Lucas

Entscheid: Hagin, Lucas wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

17. Huber, Klaus / Huber geb. Reuter, Susanne / Huber, Lea

Entscheid: Huber, Klaus / Huber geb. Reuter, Susanne / Huber, Lea wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

18. Kasami, Kushtrim

Entscheid: Kasami, Kushtrim wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

19. Lloqanaj, Merlinda

Entscheid: Lloqanaj, Merlinda wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

20. Melone, Fabio

Entscheid: Melone, Fabio wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

21. Osmani, Iljber / Osmani, Leart

Entscheid: Osmani, Iljber / Osmani, Leart wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

22. Riedmüller, Harald / Sooth-Riedmüller, Nicole / Riedmüller, Nicolas / Riedmüller, Caroline / Riedmüller, Nina

Entscheid: Riedmüller, Harald / Sooth-Riedmüller, Nicole / Riedmüller, Nicolas / Riedmüller, Caroline / Riedmüller, Nina wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

23. Sedlmeyer, Klaus / Sedlmeyer geb. Dieners, Ortrun / Sedlmeyer, Loris

Entscheid: Sedlmeyer, Klaus / Sedlmeyer geb. Dieners, Ortrun / Sedlmeyer, Loris wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

24. Sigrist geb. Hudler, Martina

Entscheid: Sigrist geb. Hudler, Martina wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

25. Staniszewska, Natalia

Entscheid: Staniszewska, Natalia wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

26. Vasic, Dusko

Entscheid: Vasic, Dusko wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

27. Von Beringe, Andreas

Entscheid: Von Beringe, Andreas wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Der Ratspräsident: Alle genannten Personen erlangen das Kreuzlinger Bürgerrecht. Gemäss Ihren Unterlagen werden ihre Gesuche jetzt im Kantonsrat weiterbehandelt. Wir möchten sie jetzt mit einem kräftigen Applaus als Kreuzlinger Bürger begrüssen und hoffen, dass sie sich weiterhin für das gemeinsame Zusammenleben in Kreuzlingen interessieren und sich auch aktiv einbringen. Nun möchte ich GR Sanfilippo begrüssen.

Wahlen

27.1 Ersatzwahl in die Kommissionen

Der Ratspräsident: Aufgrund der Wahl von Adrian Knecht erfolgt die Ersatzwahl in die Kommissionen. GR Wipf hat per Ende Jahr seinen Rücktritt als Gemeinde-

rat eingereicht und der Stadtrat hat die Nachfolge von Adrian Knecht an der Sitzung vom 11. Dezember 2018 beschlossen. Gibt es Änderungswünsche zu den Vorschlägen gemäss der Tischvorlage?

GR Brändli: Kein Änderungswunsch, ich möchte aber noch kurz die Begründung hören. Adrian Knecht hätte schon einmal nachrücken können, tat es aber nicht, daher rückte Fabienne Herzog nach. Jetzt kommt er wieder. Warum ist das möglich und auf welchen Grundlagen basiert das? Ich wünsche Adrian alles Gute und hoffe, dass er kommt. Aber wir möchten noch die offizielle Begründung hören, dass das geht.

Der Ratspräsident: Ich möchte hierzu kurz die Erwägung vorlesen: „Gemäss § 60 des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht würde von den Nichtgewählten die Person mit der höchsten Stimmenzahl nachrücken. Adrian Knecht konnte anlässlich des Rücktritts von GR Christian Winterhalter im November 2017 als Person mit der nächsthöheren Stimmenzahl nicht nachrücken, weil er befristet bei der Stadt Kreuzlingen angestellt war. Grundsätzlich war er jedoch an einem Engagement interessiert. Nach dem Rücktritt von Hanns Wipf wurde er deshalb auf Wunsch der Fraktion SP/GEW/JUSO erneut angefragt, ob er als Gemeinderat nachrücken wolle. Er hat mit Schreiben vom 6. Dezember mitgeteilt, dass er das Mandat antreten möchte. Gemäss § 43 der Verordnung des Regierungsrats zum Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht erklärt die Gemeindebehörde den nachrückenden Kandidaten als gewählt.“

Abstimmung: Die Ersatzwahl in die Kommission wird **einstimmig genehmigt**.

Botschaften

28. Kreditbegehren für eine Fahrpreisreduktion der Einzelbillette und Mehrfahrtenkarten zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (Zone 256) für die nächsten vier Jahre (2019 bis 2022) mit einer jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich rund CHF 105'000.–
(Option A: zusätzlich rund CHF 20'000.– pro Jahr für eine weitere Fahrpreisreduktion mit einer jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich rund CHF 125'000.–
Option B: zusätzlich rund CHF 40'000.– pro Jahr für eine weitere Fahrpreisreduktion mit einer jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich rund CHF 145'000.–)

GR Lauber: Dieses Geschäft war in ähnlicher Form bereits am 15. März im Gemeinderat traktandiert. An dieser Sitzung gingen die Positionen diametral auseinander und es erfolgte die Rückweisung. Da sich die Botschaft nicht grundlegend geändert hat, wird das wohl auch heute wieder so sein. Schon damals bei einem Betrag von CHF 65'000.– haben wir bemängelt, dass für uns Aufwand und Ertrag bei diesem Geschäft nicht stimmen. Somit dürfte es auch keine Überraschung sein, dass unsere Sympathie für das Geschäft nicht grösser geworden ist. Der Stadtbus hat aus unserer Sicht seine feste, treue Klientel, diese hat bereits die

Möglichkeit, vergünstigte Monats- und Jahresabos zu beziehen. Gelegenheitsfahrer, die zum Beispiel ein- oder zweimal pro Jahr mit Bus und Bahn zum Flughafen fahren, werden sich wegen dieser 40 Rappen nicht dazu bewegen lassen oder abgehalten werden, den ÖV zu nutzen. Die vorliegende Botschaft über die CHF 105'000.– pro Jahr funktioniert in diesem Fall nach dem Prinzip Mitnahmeeffekt, politisch auch als Giesskanne bekannt. Die ÖV-Nutzer nehmen den Betrag einfach so mit, ohne dass man eine Bindung zum Bus herstellt. Aus unserer Sicht müsste zuerst das Marketing um den Stadtbus wieder aufgenommen werden. Ich stelle mir vor, dass die Verwaltung in Rücksprache mit einer wiederbelebten Buskommission an kreativen Ideen arbeitet. Während des Fantastical gibt es heute schon die Möglichkeit, in der Zone 256 gratis zu fahren. Wieso kann man so eine Idee nicht auf die vier Aktionstage im Boulevard ausweiten? So könnte man die Kreuzlinger in den Stadtbus locken und auch den innerstädtischen Nutzen aufzeigen. Oder zwei bis dreimal im Jahr könnte man an einem Samstag den Stadtbus in die Mitte des Boulevards stellen und dort vergünstigte Mehrfahrtenkarten verkaufen. So würde man die Bürger belohnen, die den Bus hin und wieder, aber nicht täglich brauchen und sich aktiv darum bemühen. Zudem wäre das sicher auch ein guter Gesprächsort, um mit den Nutzern in Kontakt zu kommen. Zudem muss die Verwaltung bei der Erarbeitung von Botschaften die Zusammenhänge in Zukunft besser erkennen. Wenn eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Sommer in die Badi Hörnli geht, macht es keinen Unterschied, ob die Busfahrt hin und zurück CHF 23.30 oder CHF 17.20 kostet, wenn man an der gleichen Gemeinderatssitzung eine Botschaft traktandiert, wo man die Parkgebühren auf CHF 2.– pro Tag respektiv CHF 50.– pro Saison festlegt. Uns geht es nicht um für oder gegen den ÖV, sondern wie mit unseren schlussendlich begrenzten finanziellen Mitteln der grösste Nutzen respektiv Effekt erzielt werden kann. Aus den genannten Gründen und um die ganze Diskussion heute abzukürzen, beantragt die SVP-Fraktion damit Nichteintreten auf die vorliegende Botschaft.

GR Salzmann: Ich gebe GR Lauber völlig Recht. Wir Steuerzahler, und damit meine ich uns alle, die hier sind, geben heute für den Stadtbus netto CHF 2.3 Mio. pro Jahr aus. Das entspricht etwa 5 Steuerprozenten, das bei einem Kostendeckungsgrad von 39.9 %. Frauenfeld beispielsweise, das ist eine grössere Stadt, gibt lediglich CHF 2 Mio. Subventionen an ihren Stadtbus, also etwa 3 Steuerprozent, und das bei einem Kostendeckungsgrad gemäss Rechnung 2017 von 70 %. Allein wegen des Vergleichs der beiden Stadtbusse können wir heute schon einen Drittel der Steuerfussdifferenz von Frauenfeld 60 % und Kreuzlingen 66 % erklären. Nicht erklären können wir den massiven Unterschied im Kostendeckungsgrad. Und hier ist die Fantasie gefragt, welche GR Lauber einfordert, und zwar zu Recht einfordert. Im Grunde geht es in dieser Botschaft darum, ob alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die wenigen Busbenutzer noch mehr subventionieren sollen, als sie es sowieso schon machen. Da plädiere ich doch lieber für den Spruch, den ich ab und zu auf einem Wahlplakat sehe „Für alle statt für wenige“ und stimme daher GR Lauber zu.

GR Brüllmann: Vielen Dank für die Voten der SVP und FDP. Ihr seid offenbar nicht gewillt, das Preis-Leistungsverhältnis, welches sich im Dezember 2016 mit

der Abschaffung der Lokalzone massiv verschlechtert hat, zu finanzieren. Ihr wollt offenbar nicht, dass der ÖV aus dieser Botschaft gestärkt ins neue Jahr starten kann. Ihr wollt auch nicht, dass man „nur“ ein gutes halbes Jahr für diese Verbilligung verloren hat. Wir müssen ehrlich sein. Mit dem Wegfall der Lokalzone ohne Verbilligungen von CHF 2.30 auf CHF 3.20 haben die Busfahrerinnen und die Busfahrer einen Schock bekommen. Man konnte das nicht austarieren. Wir haben bei der entsprechenden Botschaft am 3. Mai die Rückweisung beantragt, weil uns der Inhalt nicht passte, und weil die Tarifstrukturen nicht klar waren. Heute halten wir eine Botschaft in den Händen, welche ein Stück gehaltvoller ist. Mit dem Grundantrag von CHF 105'000.– orientiert sich das sogar am damaligen, eigentlich sogar grosszügigen Vorschlag von der FDP. Trotzdem haben wir die Rückweisung beschlossen. Wir haben für diese Rückweisung eine Mehrheit gefunden, weil wir die Tarifstrukturen sehen wollten. Diese sehen wir heute eins zu eins. Die Tarifstrukturen sind vor allem auf Kinder ausgelegt. Es macht Sinn, dass die Einsteigeschwelle tief bleibt. Es macht auch Sinn, dass man die Preise für Einzelbillette zwar nicht sehr stark, aber immerhin senken kann. Ich bitte euch, diese Debatte zuzulassen und dem SVP-Antrag auf Nichteintreten nicht stattzugeben.

Abstimmung: Der Antrag der SVP auf Nichteintreten wird mit 17 Ja-Stimmen gegen **20 Nein-Stimmen** bei 1 Enthaltung **abgelehnt**. Somit ist Eintreten beschlossen.

GR Forster: An der Sitzung der Kommission Bau und Umwelt vom November im Beisein von SR Zülle, Heinz Theus und Sandro Nöthiger von der Bauverwaltung sowie Martin Troll, der für Busse etc. in Kreuzlingen zuständig ist, war mein erster Gedanke, das wird eine kurze Sitzung. Ich wurde in der Kommission aber eines Besseren belehrt. Die vorgängige Botschaft zur heute vorliegenden hatten wir schon im Mai. Diese wurde mit diversen Argumenten wie Mehrkosten, zu teuer, 20 Rappen ist zu wenig etc. zurückgewiesen. Neue Ideen wurden eingebracht, zum Beispiel Kinder solle man gratis fahren lassen etc. Daraufhin wurde in Kreuzlingen eine Petition lanciert, welche mit rund 1200 Unterschriften zustande kam. In diesem Zeitraum gingen die Benutzerzahlen der Busse um etwa 10 % zurück. Der Stadtrat war nun gefordert und klärte generös weitere Möglichkeiten ab, was nun in der auf Ihren Tischen liegenden Botschaft fruchtet. Diese Botschaft liegt mit drei Vorschlägen des Stadtrats vor. Alle diese Vorschläge sind auf vier Jahre befristet und die kommenden Zählungen werden zeigen, wie es sich entwickeln wird. Genaue Zahlen sind relativ schwer voraussehbar. Die Reduktionen sind genauestens gerechnet und in den Beilagen einsehbar. Die Auswirkungen in der Botschaft sind allerdings Annahmen. In der Kommission wurde auch erklärt, dass alles, was in und aus den Bussen ein- und aussteigt, mit Lichtschranken an den Türen gezählt wird. Für viele war das neu. Hinterfragt wurde auch sehr ausführlich, ob das mit dem Gratisfahren für Kinder nicht eingebaut werden könne. Uns wurde gesagt, früher habe es einmal einen entsprechenden Versuch gegeben, wobei dieser in die Hose gegangen sei. Kinder und Jugendliche hätten sich einen Spass daraus gemacht, ein wenig herumzufahren, und ältere Benutzer hätten sich darüber aufgeregt und den Bus deshalb weniger benützt. Kurzum wurde der Versuch wieder abgebrochen und im Moment ist man auch nicht gewillt, einen solchen wieder ein-

zuführen. Trotzdem wurden die Kindertarife gesenkt. Auch wurden diverse Ansprüche der Gemeinderatsfraktionen, die sehr verschieden waren, aufgenommen und nochmals erklärt und erläutert. Eine Frage beschäftigte die Kommission auch: Ob Tägerwilen heute nochmals einen Anteil an die Reduktionen leisten sollte. Uns wurde gesagt, der Anteil, den die Gemeinde Tägerwilen an die Linie 907 leiste, sei mit CHF 170'000.– relativ grosszügig, was auch so ist. Dabei belässt man es. Die Zahlen in der Botschaft sind nach einer heutigen Zustimmung durch den Gemeinderat wiederum vom Betreiber Ostwind abzusegnen. Uns wurde aber gesagt, das werde gut kommen. Das sollte so funktionieren. Wir heute hier im Saal stimmen über die zur Verfügung stehende Summe ab, die Handhabung obliegt aber der Buskommission und schlussendlich dem Stadtrat. Wir können eigentlich nur über die Summe abstimmen. In der Kommission fiel noch ein Wunsch oder eine Anregung, man solle sich einmal überlegen, ob das Verhältnis Stadt-Ostwind stimme und ob die Stadt den Betrieb des Busses nicht selbst übernehmen könnte. Dagegen wurde aber argumentiert, man sei bis anhin eigentlich zufrieden, dies ist in Beilage 1 beschrieben. Bei der Abstimmung über CHF 105'000.– hatten wir 5 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen. Dann ging es um A oder B. Mit Stichentscheid durch mich blieben wir bei B. Dann ging die grosse Diskussion los. Es herrschte die Meinung, das ginge so nicht und der eine sagte, man müsse es so machen. Wir probierten dann zwei oder drei Sachen, es war schon fast ein bisschen peinlich. Am Schluss sind wir so verblieben, es bei dem zu belassen, was wir abgestimmt haben, vor allem die erste Abstimmung über CHF 105'000.– sollte eigentlich gelten, und man solle den Stadtschreiber konsultieren. Er oder der Gemeinderatspräsident solle uns erklären, wie man abstimmt. In der Kommission war man nicht einhelliger Meinung. Ich nehme an, die Erläuterungen, die wir heute bekommen werden, stimmen. Mir bleibt noch zu sagen, der Stadtbus ist an sich eine Erfolgsgeschichte. Das muss man schon auch sagen, liebe SVP-Kollegen. Seit fast 25 Jahren ist das so und nächstes Jahr wird eine Geburtstagsfeier geplant. Der Bus wird immer etwas kosten, auch in New York, in Paris oder Berlin so, bringt natürlich auch viel Gutes mit sich, was sich zum Beispiel für Umwelt und Lebensqualität in der Stadt sicherlich auch positiv auswirkt. Da könnte man Diverses aufzählen. Vielleicht ein Aufruf: Halten wir an der Geschichte unseres Stadtbusses fest und machen das weiter. Freuen wir uns, wenn es funktioniert und vor allem benützen wir ihn. Sitzt in den Bus hinein. In diesem Sinn besten Dank. Die FL/RB Fraktion ist einstimmig für den Weiterbetrieb des Busses und am Schluss für Option B, also die grössere Einschränkung

Der Ratspräsident: Eine Anmerkung von meiner Seite, damit wir betreffend Abstimmung Klarheit schaffen können. Wenn es Anträge gibt, gleichen wir diese Anträge untereinander ab. Der obsiegende Antrag wird jeweils weitergenommen und am Schluss dem Antrag des Stadtrats gegenübergestellt. Wir werden am Schluss den Antrag von CHF 105'000.– einem allfälligen Gegenantrag gegenüberstellen. Das wird die Schlussabstimmung sein.

GR Sanfilippo: Die CVP-Fraktion hat die Botschaft sehr intensiv und teilweise kontrovers diskutiert. Bemängelt wurde dabei, dass von der SVP-Fraktion bei der letzten Behandlung der Vorlage im Gemeinderat kein Einsehen für eine zeitliche

Verschiebung ihres Rückweisungsantrags auf das Ende der Debatte gezeigt wurde und deshalb keine inhaltliche Diskussion zur Vorlage geführt werden konnte. Das Resultat beziehungsweise die von der SVP angerichtete Suppe muss heute der ganze Gemeinderat auslöffeln. Aus der Botschaft ist nämlich zu entnehmen, dass der Stadtrat teilweise falsche Schlüsse aus der Rückweisung gezogen hat, weil damals nicht alle Meinungen und Anträge der einzelnen Fraktionen eingebracht werden konnten. Bemängelt wurde in der Diskussion aber auch, dass die Botschaft wiederum zum Beispiel keine Untersuchungsergebnisse zu Verlagerungsbewegungen infolge solcher Subventionsprojekte aus anderen Städten aufzeigt, wie es bei der Rückweisung von GR Hebeisen verlangt wurde. Wir wissen heute mit dieser Botschaft wiederum nicht, ob die Sache überhaupt in die gewünschte Richtung geht. Von einzelnen Fraktionsmitgliedern wurde darauf hingewiesen, dass aus der Beilage 4 nämlich gut ersichtlich ist, dass es mit der Fahrpreiserhöhung 2016/2017 zu einer Umlagerung von Einzelbilletten zu Tageskarten gekommen ist. Bezüglich der Fahrtenzahl kam es nicht zu einem Rückgang, sondern nur zu einer Verlagerung, weil die Tageskarten mindestens mit einer Hin- und Rückfahrt gleichgesetzt werden müssen. Zählt man in diesem Sinn die Anzahl an Einzelbillette und die verdoppelte Anzahl an Tageskarten, weil die Hin- und Rückfahrt beinhaltet ist, zusammen, so hat 2017 im Vergleich zu 2016 kein Rückgang der Fahrtzahlen stattgefunden. Das Ziel des Tarifverbands, der angedachte Lenkungseffekt wurde erreicht. Weitere Subventionierungen von Einzelbilletten würden dem nur entgegenwirken. Vor diesem Hintergrund würde nach der Meinung einer Fraktionsminderheit eigentlich eine Tarifverbilligung für Kinder genügen. Wenn überhaupt, könnten für Erwachsene höchstens noch die Mehrfahrten- oder Tageskarten vergünstigt werden. Weil es bei der Vorlage mit der Verbilligung der Fahrtkosten für den Stadtbus aber auch um die Förderung des öffentlichen Verkehrs generell geht, hat sich die CVP-Fraktion mit 4 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme für die Grundvariante des Stadtrats ausgesprochen. Mit diesem Ja hat die Fraktion gleichzeitig die Hoffnung verbunden, damit auch einen kleinen Beitrag gegen den zunehmenden Motorfahrzeugverkehr in der Stadt beziehungsweise Umstiegsanreize auf den öffentlichen Verkehr zu leisten. Einstimmig hat sich die CVP-Fraktion aber gegen weitere Subventionierungen gemäss den Varianten A oder B ausgesprochen. Vielmehr wäre eine Mehrheit der CVP-Fraktion bereit, den Kreditbetrag in der Grundvariante des Stadtrats von CHF 105'000.– auf den Betrag der ersten Botschaft von CHF 65'000.– zu senken, weil es ihrer Ansicht nach neben der unbestrittenen Kinderbillettverbilligung in Anbetracht der oben erwähnten, in Beilage 4 ausgewiesenen Umstiegswirkung im Jahr 2017 auf Tageskarten offensichtlich genüge, einzig die Mehrfahrtenkarten und Tageskarten für Erwachsene zu vergünstigen, nicht aber auch noch die Einzelbillette zu vergünstigen.

Der Ratspräsident: Ich möchte GR Jäggi noch begrüßen.

GR Leuch: Die Beratung in unserer FDP/EVP-Fraktion gestaltete sich auch nicht ganz einfach. Es ging auch hin und her, vermutlich ähnlich wie in der CVP-Fraktion. Drei Sachen waren und sind auch jetzt noch nicht klar. Wird überhaupt auf die Botschaft eingetreten? Wird sie als mangelhaft zurückgewiesen, was ein

grosser Teil unserer Fraktion befürworten würde? Oder werden am Schluss endlich doch noch in der Schlussabstimmung Akzente gesetzt, wie die Botschaft es eigentlich auch will? Oder haben wir unsere Chance am 3. Mai schon verpasst? Ich möchte auch ein bisschen in die Richtung gehen wie der Sprecher der CVP. Was hier entstanden ist, nennt man unheilige Allianz. Die SP und SVP hat eine Rückweisung erreicht, ohne dass man darüber diskutiert hat – weder über den Inhalt noch über die Höhe der Botschaft. Wir verhandeln heute wieder über das, was wir letztes Mal schon verhandelt hätten, wenn wir noch ein bisschen weitergegangen wären, über die Verbilligung der Busbillette um rund CHF 100'000.–. Das ist auch etwa der Betrag, den unsere Fraktion vorschlagen wollte oder vorgeschlagen hat. Den Vorschlag haben wir gemacht, aber es kam nicht so weit, dass man einen Antrag stellen konnte. Es war eine ganz einfache Rechnung. Auf die vorgesehenen CHF 65'000.– hätten wir noch CHF 35'000.– draufgepackt und wären so bei CHF 100'000.– gewesen, also fast genau gleich wie das, worüber wir heute zu bestimmen haben. Ich meine auch, dass wir nicht alle Wünsche, die wir an diese Botschaft, an den Stadtrat, an die Tarife, an alles haben, erfüllen können. Jeder sieht eine andere Richtung, die man vergünstigen sollte oder gar nicht. Aber wenn wir ehrlich sind, ich weiss nicht, ob wir an Heiligabend alle Wünsche erfüllt haben oder ob es besser anders herauskäme. Auch dort gibt es Sachen, die wir nicht bekommen. Wichtig ist, uns bewusst zu werden, wofür wir diese Botschaft überhaupt brauchen. Wieso ist sie überhaupt auf den Tisch gekommen? Ich meine, es geht darum, dass wir die Korrektur der übermässig erhöhten Tarife wieder korrigieren können. Es ist wichtig, dass wir das nicht aus den Augen verlieren. Wir sind daran nicht schuld, verantwortlich war die Zonenzusammenlegung von Ostwind, was zum Beispiel bei den Kindern fast eine Verdoppelung der Preise zur Folge hatte. Das ist natürlich ein schlechtes Zeichen. Ich meine, wenn wir so viele Mittel und Energie in den gut funktionierenden Busbetrieb investieren, soll er doch auch benutzt werden. Das ist eigentlich das Ziel dieser Botschaft. Es darf nicht ein notwendiges Übel sein, der Bus, der auch noch auf der Strasse fährt und genau dann, wenn wir im Kreislauf sind, uns noch schnell vor der Schnauze durchfährt und wir uns ärgern müssen. Ich glaube, das ist nicht das Ziel des Busses. Das Ziel des Busses ist, dass wir einen guten Verkehrsfluss in der Stadt bekommen. Wenn wir den Bus weiterhin erfolgreich betreiben wollen, müssen die Linien und Tarife einladend gestaltet sein, damit er mehr benutzt wird. Es geht darum, dass wir ein Umsteigen fördern und dass wir dadurch auch die Verkehrswege entlasten. Jeder, der im Bus sitzt, kann nicht gleichzeitig auch im Auto sitzen. Das kommt eigentlich jedem Autofahrer entgegen. Für jeden, der Bus fährt, haben die anderen ein bisschen mehr Platz, also ist es auch eine Vorlage für die Autofahrer, die den Bus nie benutzen. Man hat jetzt viel über Tarife diskutiert. Wir als Gemeinderat bestimmen nicht über die Tarife. Das steht nicht zur Diskussion. Das ist wichtig. Das ist Sache der Exekutive und der Buskommission. Thema Buskommission: Gibt es diese eigentlich noch? Wieso wurde dort nicht über die Tarife diskutiert? Wieso wird sie nicht einbezogen? Das wäre eigentlich ihre Sache. Kritisiert wurde bei uns auch noch, warum man es unterlassen hat, die Gemeinde Tägerwil einzubinden oder nochmals oder überhaupt anzufragen, ob sie sich beteiligen würde. Das wurde nicht gemacht. Weiter wurde bei uns kritisiert, dass man die Tarife für die Jugendlichen nicht stärker verbilligt oder dass die Mehrfahrtenkarten ein bisschen mehr

vergünstigt worden wären. Es gibt auch positive Sachen. Dass die Kinder nun mit CHF 1.50 gleich viel bezahlen wie in Frauenfeld, ist eine positive Auflistung. Aber man hätte ein paar Sachen anders machen können. Aber wie ich schon gesagt habe, alle Wünsche können wir nicht erfüllen. Zu Recht wurde auch die Gestaltung der Botschaft kritisiert. Wenn man über etwas abstimmt, kann man nicht Option 1 und Option A und B auch noch bringen, man müsste ja die Anträge zusätzlich stellen. Im Raum stand der Wunsch, ob man nicht die Möglichkeit schaffen könnte, Kurzstreckentarife einzuführen, wenn jemand nur zwei oder drei Stationen benutzt, dass er nicht ein ganzes Billett bezahlen muss. Aber wichtig ist – wie gesagt – das Ziel der Botschaft. Das Ziel der Botschaft ist, den Anreiz für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu schaffen und weiter zu fördern. Ich denke, da ist jede Aktion, auch wenn wir den Bus auf den Boulevard stellen, willkommen. Es ist alles willkommen, um das noch attraktiver zu machen. Unsere Fraktion behält sich vor, je nachdem, wie die Diskussion verläuft, so oder so zu entscheiden. Ein grosser Teil der Fraktion ist für eine Rückweisung. In Bezug auf die Schlussabstimmung warten wir ab, wie die Diskussion verläuft.

GR Brüllmann: Nicht Andreas Hebeisen hat für die SP diese Suppe eingebrockt, das war ich selber. Deshalb stehe ich jetzt auch hier. Ich bin ein lauter Verfechter des ÖV Kreuzlingen, dazu gehört auch der Bus. Die Gründe für diese Botschaft haben wir vorhin bereits gehört. Das ist wie gesagt die Verteuerung durch den Wegfall der Lokalzone, darüber müssen wir nicht mehr diskutieren. Wir haben die Fahrtentwicklung vor und nach der Preiserhöhung kurz nachgerechnet. Offenbar wurde da falsch gerechnet. Bei Halbtax gingen die Fahrten von 87'000 auf 82'000 zurück beziehungsweise bei den Erwachsenen von 137'000 auf 125'000. Das ist relativ augenfällig. Nichtsdestotrotz kann man sich jetzt streiten, ob die Zusatzschlaufe, die wir euch offenbar als Suppe eingebrockt haben, notwendig war oder nicht. Ich meine sehr wohl. Ich habe bereits im letzten Votum zu diesem Thema gesagt, die CHF 100'000.–, welche von der FDP am 3. Mai à fonds perdu eingeworfen wurden, sind zu grosszügig. Wir konnten damals nicht ja sagen, weil es für unsere Fraktion zu intransparent war. Wir wollten es in der Tarifstruktur sehen. Diese Tarifstruktur wurde jetzt grosszügigerweise gemacht. Die Botschaft ist gehaltvoll und zeigt, wo man bei der Verbilligung ansetzt, nämlich bei den Kindern. Womit ich ein bisschen Mühe habe, ist, dass man jetzt mit dem Argument kommt, man würde die Jugendlichen von 16 bis 25 nicht genug berücksichtigen. Das stimmt dahingehend nicht, als GR Salzmann richtigerweise sagte, der ÖV kostet uns CHF 2.3 Mio. Es sind aber auch grosse Subventionen, welche die Stadt Kreuzlingen schon seit Jahren macht, nämlich mit 32.66 % subventioniert die Stadt die Abos für Jugendliche von 16 bis 25. Das ist sehr grosszügig. Wir müssen jetzt einfach schauen, dass wir das Fuder nicht überladen. Wir würden gern mehr machen, das ist klar. Da komme ich nochmals auf die Buspetition zurück, die von 1248 Personen unterzeichnet wurde, welche explizit unsere Forderung unterstützt haben, die Einzelbillette zu reduzieren. Ich sehe nicht ein, warum man auf die Verbilligung der Einzelbillette verzichten soll. Ich bitte euch inständig, euch für die Grundvariante mit CHF 105'000.– einzusetzen und den Busbetrieb von Kreuzlingen zu unterstützen.

GR R. Herzog: Ich möchte auch noch kurz auf den Vorwurf, der von verschiedenen Seiten geäussert wurde, zurückkommen. Die SP hätte uns mit der Rückweisung eine Suppe eingebrockt, da man nicht zu Ende diskutiert habe und dem Stadtrat dadurch nicht klar geworden sei, was der Rat eigentlich wolle. Das stimmt ganz einfach nicht. Ich zitiere aus dem Protokoll vom 3. Mai. Da sagte zum Beispiel Kollege Sanfilippo: „Die Stossrichtung muss bei der Verbilligung von Mehrfahrtenkarten liegen.“ GR Troll sagte: „Darum will die Mehrheit der FDP/EVP-Fraktion ein richtiges Zeichen für den öffentlichen Verkehr setzen und den Betrag um CHF 35'000.– auf CHF 100'000.– erhöhen [...] nämlich vorwiegend für die Kinder.“ Also eine Reduktion der Kindertarife. Noch ein drittes Zitat: GR Rüedi sagte: „Wir hätten lediglich den Wunsch, dass man mit den zusätzlichen CHF 35'000.– die Kategorie verbilligen würde, wo wir das Gefühl haben, da seien die Tickets zu teuer, nämlich für die Kinder, sodass man dort die Mehrfahrtenkarten zusätzlich verbilligen könnte.“ Wenn jetzt jemand vor dem Hintergrund dieser Zitate behauptet, der Stadtrat habe wegen der Rückweisung gar nicht wissen können, was er eigentlich tun solle, der irrt, denn der Stadtrat hat in der neuen Botschaft genau das gemacht, was vonseiten verschiedener Gemeinderätinnen und Gemeinderäten aus verschiedenen Parteien gefordert wurde. Ich denke, die damalige Rückweisung hat nicht zu einer schlechten Situation geführt, sondern der Stadtrat wusste, was die Fraktionen meinen. Dass es Unterschiede gab, war offensichtlich, aber der Stadtrat hat genau das gemacht, was gewünscht worden war. Von dem her gesehen kann in keiner Art und Weise von einem Schlamassel die Rede sein.

GR Moos: Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Es gibt eine Studie, welche die externen Kosten von ÖV und MIV betrachtet, nur bezogen auf die Strassen. Die externen Kosten des Personenverkehrs liegen gesamtschweizerisch – ich zitiere aus der Studie „Externe Kosten und Nutzen des Verkehrs“ vom Bundesamt für Verkehr – beim motorisierten privaten Personenverkehr bei CHF 5.6 Mrd. pro Jahr. Beim öffentlichen Verkehr – ich spreche von den Strassen – liegen die externen Kosten bei CHF 201 Mio. Das zeigt, wenn man in den öffentlichen Verkehr investiert, nützt das wesentlich mehr, als wenn man diese Kosten zum Beispiel für den Strassenverkehr ausgeben würde, weil dort einfach nur die externen Kosten steigen. Deshalb unterstütze ich den Vorschlag der SP beziehungsweise die vorliegende Botschaft bedingungslos. Denn es ist klar, wenn man in Strassen investiert oder wenn man den motorisierten Verkehr zulasten des öffentlichen Verkehrs fördert, machen wir unsere Verkehrsprobleme einfach noch viel grösser und stärker.

Materielle Beratung (*Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.*)

Seite 4, 2.2. Neue Preisstruktur

GR Hummel: Ich habe eine Frage zu Monats- und Jahresabos. Verstehe ich es richtig, dass es für ein siebenjähriges Kind gleich teuer ist wie für einen 25-Jährigen?

SR Zülle: Das ist korrekt. Die Tarifstruktur ist so gegeben. Das war auch der Grund, warum man Einzelfahrkarten und Mehrfahrtenkarten bei Jugendlichen nicht verbilligen konnte. Dann wäre die ganze Tarifstruktur auseinandergefallen und wir hätten Probleme mit Ostwind bekommen. In anderen Städten ist es auch so wie hier. Das ist im Ostwind-Verbund so vorgesehen. Wir können die Tarife vergünstigen, aber wir können nicht eine andere Struktur machen, beziehungsweise das würde einfach abgelehnt. Wir haben auch geprüft, ob man die Fahrpreise für Senioren noch vergünstigen könnte. Uns wurde gesagt, wenn wir etwas vergünstigen wollen, müssen wir es innerhalb dieser Struktur machen. Deshalb hat man es so gemacht. Heute Abend geht es nicht darum zu schauen, welche Karte vergünstigt wird, sondern ob der Gemeinderat einen Kredit spricht, damit der Stadtrat die Verbilligung machen kann. Wir zeigen einfach auf, wie wir sie machen würden. Das war der Wunsch, aber grundsätzlich geht es eigentlich um das Kreditbegehren.

Rückkommen

GR Portmann: Anscheinend gab es am 3. Mai, als ich nicht anwesend war, viele Diskussionen, daher kann ich dazu auch nicht viel sagen. Es gab Allianzen, welche ich auch nicht beurteilen kann, weil ich nicht anwesend war. Nach einiger Diskussion in unserer Fraktion musste ich sagen, sind diverse Sachen, welche auch der SP am Herzen liegen, in dieser Botschaft nicht enthalten. Ich glaube, die SP sagt immer, man muss die Jugend fördern sowie die Jugendlichen, welche wenig Geld haben. Studenten oder Schüler, welche von Kreuzlingen aus in die Berufsschule nach Winterthur fahren, werden in der Botschaft schlicht und einfach zu wenig berücksichtigt. Ausserdem hatte man nicht den Mut, auf Tägerwilen zuzugehen. Es gibt eine neue Linie ins Industriegebiet nach Tägerwilen, was ich auch gut finde, aber auch dort hätte die Stadt Kreuzlingen auf den Tisch hauen und bei Tägerwilen anfragen können, wie diese Gemeinde dazu steht. Sie profitieren davon, also hätte man auch erwarten können, dass Tägerwilen die Subventionen erhöht. Das andere wurde auch schon diskutiert, die Mehrfahrtenkarten wurden auch zu wenig berücksichtigt. Was mich aber am meisten nervt, ist das: Man hat eine Buskommission. Diese Buskommission wurde früher von SR Beringer geleitet. Man tagte ab und zu und schaute die Sachen an. Dafür sind die Kommissionen da und dafür arbeiten die Kommissionen auch. Aber wo ist diese Buskommission? Da sitzen verschiedene Leute aus verschiedenen Parteien drin. Ich frage hier in die Runde: Hattet ihr im letzten Jahr eine Buskommissionssitzung? Nein, die Kommission wurde stillgelegt, hat man hinten durch erfahren, und es wurde nichts mehr gemacht. Für was haben wir diese Kommission? Dass wir dann eine Botschaft auf den Tisch bekommen, wo man sagt, wir haben drei Vorschläge und wissen nicht, welche wir nehmen sollen. Wir nehmen einfach einmal A, B oder C und spielen ein bisschen Lotto, was bei der Abstimmung herauskommt. Dann haben wir es aus der Tasche geschüttelt, und dann ist das Geld weg. Darum stelle ich hier den Antrag – und jetzt muss man halt in den sauren Apfel beißen, man hat ein halbes Jahr verloren, das wurde schon gesagt – dass wir jetzt nochmals ein halbes Jahr verlieren, sich die Buskommission trifft und sagen muss, dafür sind wir da, das ist unsere Aufgabe für das Volk. Sie sollen hinstehen und etwas

ausarbeiten, und dann kommt die Botschaft nochmals. Dann stehen wir alle hier mit den richtigen Wegen, welche wir für die Zukunft der Jugend sowie auch für die ältere Generation in die Wege leiten können. Somit stelle ich den Antrag auf Rückweisung dieser Botschaft.

SR Zülle: Die Buskommission ist eine technische Kommission, eine stadträtliche Kommission und keine gemeinderätliche Kommission. Die Buskommission schaut hauptsächlich, wenn es um Fahrplanwechsel oder um technische Sachen geht oder wenn man einen Bus anschafft usw. Selbstverständlich schaut sie auch auf die Tarife. Das wurde auch gemacht, selbstverständlich tagte die Kommission im Frühling. In der Buskommission sind drei Mitglieder des Gemeinderats und nicht aus jeder Fraktion oder Partei ein Mitglied. Wir sind nicht ganz einig, ob das das Richtige ist. Wenn in der Buskommission, die aus Fachleuten besteht, Leute aus dem Gemeinderat Einsitz haben, müssten alle Fraktionen beteiligt sein. Das ist meine persönliche Meinung. Noch besser wäre es, wenn die Buskommission sich um das Technische kümmert und politische Sachen wie zum Beispiel diese Botschaft in der Kommission Bau und Umwelt, also in der gemeinderätlichen Kommission, der vorberatenden Kommission beraten werden. Genauso wurde es gemacht. Weil es bereits in der Buskommission war und wir nur eine Änderung haben, hat die Kommission Bau und Umwelt mit Präsident GR Forster die Vorlage beraten, und die drei gemeinderätlichen Mitglieder der Buskommission wurden dazu eingeladen. Leider reichte es terminlich nicht für alle. Aber auf keinen Fall ist es so, dass man irgendetwas falsch oder anders gemacht hat. Zugleich presste das Ganze wahnsinnig. Es besteht die Möglichkeit, dass wir die Reduktion der Fahrpreise bereits im Juni 2019 in Kraft setzen können und nicht noch ein ganzes Jahr warten müssen. Dies bedingte aber, dass man mit dieser Botschaft relativ früh im Stadtrat sein musste und jetzt im Gemeinderat. Daher blieb uns nicht viel Zeit. Es wäre auch gar nicht so wahnsinnig spannend gewesen, wenn eine Buskommission sich damit beschäftigt hätte und dann noch die Kommission Bau und Umwelt. Wir haben im Stadtrat gesagt, wir schauen uns an, ob die Buskommission in dieser Art richtig ist, ob man eine stadträtliche Kommission vielleicht anders zusammensetzen sollte. Ebenfalls schauen wir die Aufgaben an, dann werden wir schauen, wie wir damit umgehen. Allenfalls wird die stadträtliche Buskommission neu bestückt, allenfalls mit neuen Aufgaben versehen. Es war auch eine Idee, die Kommission Bau und Umwelt noch mit einem „V“ zu erweitern, also in Bau, Umwelt und Verkehr. Ich glaube, jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin weiss, wie mühsam es ist, wenn man in einer Woche zwei oder drei Kommissionssitzungen hat. Daher wäre es gut, das gebündelt zu machen. Aber ich glaube, das politische Wort ist nirgends weggekommen. Man konnte mitdiskutieren, man konnte das Protokoll der Kommission Bau und Umwelt lesen, alle Fraktionen haben wacker mitdiskutiert, wie der Präsident sagte länger als erwartet. Und auch heute Abend konnte man wieder diskutieren, auch im Mai hat man diskutiert. Es ist nicht so, dass die Diskussion einfach abgestellt wurde. Vielleicht noch zwei oder drei Sachen, die gesagt wurden. Es ist richtig, wir haben Tägerwilen nicht angefragt. Tägerwilen hat seine Pauschale natürlich mit der Linie erhöht und bezahlt neu CHF 175'000.–, vorher CHF 70'000.– und CHF 80'000.–. Wir haben geschaut, was es ausmacht. Das Problem ist, dass wir nicht wissen, wie viele Personen aus

Tägerwilen ein Abo haben. Wenn man es herunter bricht, geht es etwa um CHF 6'000.– oder CHF 7'000.–. Wir machen das, wenn wir nach ein oder zwei Jahren sehen, was die Verbilligung ausmacht. Dann werden wir genaue Zahlen haben und selbstverständlich mit Tägerwilen sprechen. Wie ich die Tägerwiler kenne, sind sie bei solchen Sachen mit der Pauschale sehr grosszügig, auch bei der Schwimmhalle waren sie als erste Gemeinde sehr grosszügig. Das werden wir sicher anschauen, das ist nicht vom Tisch. Es ist so, dass die Vergünstigung vier Jahre dauern soll, damit wir dann sehen, wie es sich verändert hat. Wir haben uns auch überlegt, die anderen Gemeinden zu fragen, wie es sich verändert. Aber das ist kaum vergleichbar, weil es andere Altersstrukturen gibt, nicht überall gleich viele Touristen hat usw. Es würde eine Zahl herauskommen, welche man gar nicht brauchen kann. Wir können nur eine Zahl brauchen, die auf Kreuzlingen zugeschnitten ist, und das wollen wir in diesen vier Jahren machen. Dann noch etwas zur Werbung: Wir werden den Bus bewerben. Wir machen das, und wir machen noch etwas, was man bisher nicht gemacht hat. Wir sprechen mit Betrieben. Etwas Wichtiges in Kreuzlingen ist der Feierabendverkehr. Alle Strassen sind verstopft, und in der Regel sitzt eine Frau oder ein Mann in einem Auto. Das möchten wir wegbringen. Wie bringen wir die Pendler in den Bus? Wir sprechen mit den Betrieben, und es ist uns gelungen, mit einem ganz grossen Betrieb zu sprechen, welcher jetzt Abovergünstigungen macht, diese zum Teil sogar bezahlt, damit die Pendler mit dem Bus zur Arbeit fahren. Das wäre das Optimum. Was man in Zürich erlebt, sollte man auch in Kreuzlingen erleben können. Dafür muss natürlich der Bus attraktiv gestaltet sein, und die Tarife müssen attraktiv sein. Die Fahrzeuge sind technisch auf sehr hohem Stand. Mangelhaft sind noch die Busstationen. Wo man auf den Bus wartet, müssten nun noch Verbesserungen gemacht werden mit Dächern, mit Aufenthaltsqualität. Aber auch daran arbeiten wir. Was wir auch noch prüfen, in der Buskommission aber noch nicht besprochen haben, sind die autonomen Busse. Das ist die letzte Meile. Nicht um den Bus zu konkurrenzieren, sondern um den Bus auf der letzten Meile in die Quartiere zu bringen. Das ist ein weiteres Kapitel. Damit möchte ich nur sagen, der Bus ist uns sehr wichtig, dieser wird den Verkehr senken, wenn wir ihn fördern. Und ich hoffe, er wird heute Abend gefördert.

GR Neuweiler: Offenbar haben sich die Jahreszeiten verändert, denn die letzte Sitzung der Buskommission war nicht im Frühling, sondern im Januar, da war noch Winter. Die letzte Botschaft wurde noch in der Buskommission vorberaten und ging dann an die Kommission Bau und Umwelt. Bis vor kurzem, und da wird mir SR Zülle Recht geben müssen, wurden Marketing etc. in der Buskommission verhandelt. Da war ich sogar ab und zu gleicher Meinung wie GR Brüllmann. Aber seit einem Jahr läuft nichts mehr. An der letzten Sitzung der Buskommission habe ich zum Beispiel den Vorschlag gemacht, per Lautsprecherdurchsage in den Bussen unsere wirklich sehr günstigen Abopreise als Werbung anzukündigen. Das kostet uns null Franken. Früher stellte man bei Stadtfesten gratis einen Stadtbus zur Verfügung oder gab sehr günstige Mehrfahrtenkarten ab. Jetzt geht nichts mehr. SR Zülle hat vorhin gesagt, auf Fahrplanwechsel sei die Buskommission jeweils zusammengetreten. Früher ist sie das, in diesem Jahr nicht. Deshalb musste ich vor drei Wochen meinen Rücktritt bekanntgeben, denn bei einer Bus-

kommission, welche keine Sitzungen mehr hat, mache ich nicht mit. Es gibt genügend Themen, an denen man früher sehr konstruktiv arbeiten konnte, über die man auch heute noch diskutieren könnte. Daher SR Zülle, vielleicht das Mail von dir und von der Verwaltung anschauen. In deiner Antwort auf mein Rücktrittschreiben steht von Zeitdruck gar nichts drin. Ich hoffe einfach, dass das Ding in der neuen Legislatur wiederbelebt wird und diese Kommission dann auch ihre Arbeit machen kann, wie sie früher gemacht wurde. Denn es gab Jahre, da wurde sehr gut gearbeitet.

Abstimmung: Der Antrag auf Rückweisung wird mit 14 Ja-Stimmen gegen **24 Nein-Stimmen** bei 1 Enthaltung **abgelehnt**.

GR Dufner: Ich habe es mir zwei oder dreimal überlegt, bin nun aber der Meinung, dass ich diesen Antrag noch einbringen möchte. Wir haben es bereits im Votum unseres Fraktionssprechers gehört, dass wir in der Fraktion mit sehr verschiedener Auffassung intensiv über die Höhe des Betrags diskutiert haben. Wir haben auch die Argumente offengelegt. Die Vergünstigung der Kinderbillette ist unbestritten. Wir sind auch in unserer Fraktion klar der Meinung, dass man das machen soll. Anders sieht es bei den Billetten der Erwachsenen aus. In einem Punkt der Vorlage geht es darum, dass man eine Verlagerung des Individualverkehrs zum öffentlichen Verkehr erreichen will. Wir sind der Meinung und das ist auch aus den Zahlen ersichtlich, dass das möglich ist, indem man die Abos vergünstigt, das ist aber heute Abend nicht das Thema. Aber auch indem man die Mehrfahrtenkarten und die Tageskarten verbilligt. Das sind Leute, die auch regelmässig fahren, die für den ÖV gewonnen werden können, die dann auf ihr Auto verzichten. Einer, der einmal im Jahr oder im Monat mit einem Einzelbillett fährt – das hat einfach nichts mit Umlagerung des Individualverkehrs zum öffentlichen Verkehr zu tun. Dem ist es egal, ob er CHF 3.20 oder CHF 2.80 bezahlt. Diese CHF 0.40 machen es einfach nicht aus. Da bin ich der Meinung, sind wir eben schon ein bisschen beim Giesskannenprinzip, indem man einfach über alles hinweg ein bisschen ausleert, da und dort die CHF 65'000.– noch ein bisschen erhöht, wo früher auch der Stadtrat der Meinung war, dass das reicht. Dann war die Meinung, für die Kinder müssen wir etwas machen. Das hat der Stadtrat aufgenommen und jetzt eingebracht. Aber der andere Punkt ist klar. Wir sprechen heute Abend über den Kredit. Wenn man meinem Antrag folgen würde, wäre die Botschaft, dass man sagt Verbilligung der Mehrfahrtenkarten, Verbilligung der Tageskarten, Verbilligung für Kinder, aber keine Verbilligung der Einzelfahrten. Dafür genügen die CHF 65'000.– auch nach den Zahlen, die der Stadtrat in seinen vielen Unterlagen offengelegt hat. Darum stelle ich den Antrag, einen Kredit in Höhe von CHF 65'000.– zu sprechen.

GR Hebeisen: Ich habe mir fest vorgenommen, zu dieser Vorlage nichts zu sagen, möchte jetzt aber doch noch Folgendes sagen. CHF 2.80 oder CHF 3.20 ist ein Unterschied. CHF 2.60 zu CHF 1.50 ist ein Unterschied. Für viele Leute ist das ein erheblicher Betrag. Aber es geht nicht nur darum, dass es ein erheblicher Betrag ist, sondern es geht darum, dass es auch ein anderes Bild ist, wenn man die Preise auf dieser Liste anschaut. Ich bekomme heute den Eindruck, und das

läuft ab und zu so, dass im Grundsatz alle ja zum öffentlichen Verkehr sagen, unbedingt, da sind wir alle dafür. Dann hat man eine – ich würde sagen – bescheidene Vorlage. Ich möchte sie nicht schlecht machen, aber es ist eine bescheidene Vorlage. Wir haben das auch festgestellt, haben aber gesagt, dann hat man wenigstens das, man hat sich einiges überlegt, hat die erste Vorlage zurückgewiesen, hat jetzt wieder eine auf dem Tisch und das ist aus meiner Sicht klar eine Vorlage, welche eine Attraktivitätsförderung ist. Der eine findet, man könnte dieses noch besser machen, der andere sagt, aber jenes wäre auch noch gut, und man könnte jenes noch besser machen. Ich möchte euch bitten, den Rückweisungsantrag abzulehnen und die Vorlage so anzunehmen, wie sie jetzt ist. In einem Punkt hatte SR Zülle Recht, in Stein gemeißelt ist das nicht.

Abstimmung: Der Abänderungsantrag von GR Dufner, den Betrag von CHF 105'000.– auf CHF 65'000.– zu reduzieren, wird mit **20 Ja-Stimmen** gegen 19 Nein-Stimmen **angenommen**.

Abstimmung: Die Botschaft Kreditbegehren für eine Fahrpreisreduktion der Einzelbillette und Mehrfahrtenkarten zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (Zone 256) für die nächsten vier Jahre (2019 bis 2022) mit einer jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich rund CHF 65'000.– wird mit **22 Ja-Stimmen** gegen 5 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen **genehmigt**.

-
29. Nachtrag zum Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Kreuzlingen und der Genossenschaft Schwimmbad Hörnli betreffend Auflösung des Servituts zu Lasten der Parzelle Nr. 5064 der Stadt Kreuzlingen

Eintreten wird *stillschweigend beschlossen*.

GR Hebeisen: Am 21. November haben wir diese Vorlage in der Kommission beraten. SR Raggenbass und Felix Etter von der Genossenschaft Schwimmbad Hörnli waren anwesend. Auf den ersten Blick ist es eine Vorlage, die man gleich wieder in die Ecke wirft, weil man sagt, sie ist so lange und saukompliziert, ich habe keine Lust und nehme sie dann an der Gemeinderatssitzung wieder hervor. Wir haben sie in der Kommission aber in die Hand genommen und gemerkt, dass sie eigentlich gar nicht so schwierig ist, wie sie auf den ersten Blick aussieht. Worum geht es? Eigentlich um zwei wesentliche Sachen. Neue Nutzung im Gebiet Seezelg, was auch bedingt, dass für die Genossenschaft andere Parkflächen zur Verfügung stehen sowie die ganze Parkgebührengeschichte, welche dort auch aufgrund kantonaler Bestimmungen eingeführt werden muss. Wie man in der Botschaft lesen konnte, war das Ziel der Genossenschaft, dass man für Parkplatz und Eintritt etwa CHF 10.– bezahlen muss, daher ist die Tagespauschale jetzt bei CHF 2.–, die Saisonpauschale bei CHF 50.–, das bis 2022. Ich nehme das Resultat vorweg: 6 Ja bei 1 Enthaltung. Ich richte die Länge des Referats jeweils ein bisschen nach dem Resultat. Das ist ein Resultat, wozu man nicht viel sagen muss. Vielleicht aber doch noch ganz kurz etwas: Was haben wir in der Kommis-

sion überhaupt diskutiert? Spaghettieliebhaber haben bemängelt, dass die Barriere zu weit vorne ist, sodass man Eintritt bezahlen muss, wenn man im Centro Italiano essen geht. Hier wurde gesagt, man könne sie nun nicht wieder versetzen, das hat eine gewisse Logik. Aber man wolle schauen, was man da vielleicht noch machen könnte. Zum Betrag von CHF 50.– für die Saisonkarte habe ich nicht alles verstanden. Bei der Bodensee-Arena kostet die Jahreskarte CHF 60.–, hier CHF 50.–. Es kam dann noch eine Information, dass es doch nicht ganz so ist. Ich verzichte darauf, das vorzulesen, das wurde sicher in den Fraktionen besprochen. Die wesentlichen Diskussionen waren die, wie, wo und was man bezahlen muss, welche Münzen man einwerfen muss und ob man auch bargeldlos bezahlen kann etc. Das war natürlich eine hochinteressante Diskussion, aber ich möchte euch von den Einzelheiten diesbezüglich verschonen. Diese Regelung mit der Schwimmbadgenossenschaft ist bis 2022 festgelegt. Es wurde noch gefragt, was bei Tariferhöhungen und bei Teuerung etc. passiert. Hier wurde gesagt, da habe man sich immer schon gefunden. Das ist eine gutschweizerische Tugend, man findet sich. Wenn man sich nicht findet, ist das Puff einfach noch grösser, aber wir hoffen, dass sie sich finden werden.

Der Ratspräsident: Ich sehe, dass auf Seite 2, 1.2 die Vereinbarung über reduzierte Parkierungsgebühren aufgeführt ist. Um nicht eine Diskussion über Parkierungsgebühren führen zu müssen, möchte ich euch bitten, sich nur zum Inhalt der Botschaft zu äussern. Sollte der Wunsch bestehen, mehr über Parkplatzbewirtschaftung und Gebühren zu erfahren, besteht die Möglichkeit, unter Traktandum 31. Verschiedenes den Stadtrat aufzufordern, das Thema in einer nächsten Sitzung zu traktandieren. So können wir die Diskussion vielleicht ein bisschen abkürzen.

GR Huber: Ich weiss nicht, wie es euch mit dem Axioma geht, ich wurde in der Fraktionssitzung von einem Kollegen gerügt, ich sei ein bisschen unvorbereitet und ein bisschen wirr in den Ausführungen, langsam und wirr in der Handhabung. So ist von mir aus gesehen auch das Axioma. Daher habe ich wieder auf Papier umgestellt, um es schneller vorbringen zu können. Eigentlich hat der AuA-Präsident das meiste schon gesagt, trotzdem möchte ich auch für das Publikum noch ein paar kleine Anmerkungen machen. Einerseits geht es hier um das Parkierungsregime beim Schwimmbad Hörnli und um das Worst-Case-Szenario, wenn bei bestem Wetter am Samstag oder am Sonntag alle Parkplatzmöglichkeiten ausgeschöpft werden, andererseits geht es auch um das neue Bezahlsystem. In Axioma müssen sie jetzt in Beilage 2 auf Seite 11 beim Baurechtsvertrag aus dem Jahr 2007 die Planbeilage mit der grünen Parkfläche anschauen. Diese wird bei normaler Nutzung benötigt. Die orange Fläche vom Hundclub wird dann nur im absoluten Notfall genutzt. So wurde es auch in den letzten zehn Jahren gehandhabt. Wenn Sie nun noch eine Seite weiterblättern auf Seite 12, wird ganz rechts aussen eine rote Fläche ins Spiel gebracht. Diese würde nach der Realisierung des Gestaltungsplans Seezelg als Ausweichfläche kommen. Fakt ist, dass zur Überarbeitung dieses Gestaltungsplans Seezelg und der Inbetriebnahme der neuen Parkplatzgestaltung die orange und die rote Fläche nicht mehr benötigt wird und das Servitut dementsprechend aufgehoben werden muss. Das hat mei-

nen Fraktionskollegen eingeleuchtet und ist so auch nachvollziehbar. Der zweite Punkt in dieser Botschaft beinhaltet noch die Regelung Parkplatzbewirtschaftung auf dem neuen Parkplatz. Die Parkplatzbewirtschaftung wird vom Kanton im Planungs- und Baugesetz vorgeschrieben. Damit werden wir dieser Vorgabe auch Rechnung tragen. Die Parkplatzbewirtschaftung hat zum Ziel, dass mit dieser Lenkungs Ausgabe der öffentliche Verkehr auch gefördert werden soll. Wer in Zukunft diesen Parkplatz benutzt, wird durch die Schranke fahren und ein Ticket erhalten. Wer dann noch in die Badi geht, kann dort am Ticketautomaten den vergünstigten Parkplatz lösen. Die Vergünstigungen erhalten nur diejenigen, welche das Angebot der Badi auch effektiv nutzen. Alle anderen Nutzer zahlen draussen am Automaten den vollen Parkplatzpreis gemäss dem Parkierungsreglement. Die Vergünstigung war eigentlich bereits im Baurechtsvertrag 2007 ein Bestandteil und wird so nur in die Ergänzung übernommen. Jetzt könnt ihr auf Beilage 3 springen, SRB-Tarife unter Erwägungen. Bereits in der Kommission ist aufgefallen, dass bei den Parkierungsgebühren im Hörnli andere Regeln gelten als im übrigen städtischen Gebiet. Alle Vereine und Nutzer der Anlagen im Seezelg haben einen Parkierungsbonus. Wer zum Beispiel bei der Bodensee-Arena parkiert und dort Sport treibt, bezahlt den vollen städtischen Beitrag. Auch ist, wie GR Hebeisen bereits angesprochen hat, das Detail mit dem Centro noch zu klären, da deren Parkplätze ebenfalls ins Gesamtparkierungskonzept eingegliedert wurden und nun jeder Konsument, wenn er über Mittag Spaghetti essen geht, auch die vollen Parkplatzgebühren bezahlen muss. Ich denke, analog des Restaurants in der Bodensee-Arena sollte es möglich sein, dass das Centro Gratistickets für ihre Kunden abgeben kann. Damit wäre die jetzige Benachteiligung bereits gelöst. Ich bitte die städtischen Verantwortlichen, das mit dem Centro eventuell so zu regeln. Aus Sicht der Fraktion gibt es keine weiteren Anmerkungen, und wir hoffen, dass die Genossenschaft Schwimmbad Hörnli die Parkierungssysteme beim nächsten Hochsommer austesten und auch einen schönen Batzen dazuverdienen kann. Für uns Kreuzlinger heisst das aber, wir gehen mit dem ÖV oder mit dem Velo in die Badi, damit können wir uns anstelle der Parkierungsgebühr in der Badi noch ein Glacé leisten.

GR Hummel: Wir haben diese Botschaft auch beraten. Ein bereits bestehender Zustand wird jetzt noch bereinigt. Das heisst, das jetzt noch bestehende Servitut wird nicht mehr benötigt und deshalb aufgelöst. Daher gab eigentlich nicht das Geschäft zu reden, sondern die Parkgebühren. Ich gehe nicht weiter darauf ein, weil dies in der Hoheit des Stadtrats und nicht des Gemeinderats liegt. Wir haben auch ein bisschen die seltsame Situation in Bezug auf das vorangegangene Traktandum beleuchtet. Einerseits werden hier für Badegäste super Bedingungen für den Individualverkehr geschaffen, obwohl alle 15 Minuten ein Bus dorthin fährt, andererseits nehmen wir jetzt Geld in die Hand, damit man den ÖV fördert. Wir finden das einfach ein bisschen bizarr. Wie dem auch sei, die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

GR Kramer: In der FDP/EVP-Fraktion ist die Botschaft nicht umstritten. Da schon viel gesagt wurde, komme ich gleich darauf, dass die Botschaft von der FDP/EVP-Fraktion einstimmig angenommen worden ist.

GR Zülle: Auch die CVP-Fraktion hat die Botschaft diskutiert. Um es vorwegzunehmen, wir haben der Botschaft einstimmig zugestimmt. Unserer Meinung nach muss diese Botschaft dringend angenommen werden, damit der neue Gestaltungsplan möglichst schnell fertiggestellt und umgesetzt werden kann. Die Botschaft ist somit nötig zur Realisierung der Tennishalle neben dem Centro. Es betrifft also die Zukunft dieser Sportanlage. Das Projekt Tennishalle ist uns sehr wichtig, weil wir uns für den Sport und die Jugend einsetzen möchten.

GR Wolfender: Die FL/RB-Fraktion hat die Vorlage auch diskutiert. Es macht Sinn etwas zu streichen, wenn man es nicht mehr braucht. Deshalb sind wir einstimmig für die Annahme dieser Botschaft. Jedoch GR Huber, wenn du jetzt mit dem Bus hinfährst, kannst du dir definitiv kein Glacé mehr leisten. Es ist doppelt so teuer, wie wenn du mit dem Auto hinfahren würdest und den ganzen Tag dort parkst.

Materielle Beratung (*Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.*)

Rückkommen

GR Salzman: Der Parkplatz zwischen dem Camping und dem Hörnli war ursprünglich eine Camping-Erweiterungszone. Es war zumindest angedacht, dort eine Campingerweiterung zu machen. Auf der anderen Seite war dann in der Nähe des Hörnli ein Parkhaus geplant, was aus dem Finanzplan gestrichen wurde. Daher meine Frage: Kann der Stadtrat, wenn wir das Servitut auflösen, garantieren, dass die Anzahl Parkplätze dort unten in absehbarer Zeit nicht reduziert wird?

Vize-STP Raggenbass: Die Parkplatzerweiterung ist so gestaltet, dass eine Erweiterung des Campings jederzeit möglich ist. Natürlich wird man die Erweiterung und dadurch auch die Notwendigkeit von Parkplätzen erst dann in Angriff nehmen, wenn ein Parkhaus, wo auch immer das in dieser Region stehen wird, erstellt ist. Darauf haben wir geachtet und dementsprechend wird geplant.

Abstimmung: Die Botschaft Nachtrag zum Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Kreuzlingen und der Genossenschaft Schwimmbad Hörnli betreffend Auflösung des Servituts zu Lasten der Parzelle Nr. 5064 der Stadt Kreuzlingen wird **einstimmig genehmigt**.

Verschiedenes

30. Beantwortung schriftliche Anfrage zu bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Kreuzlingen

GR F. Herzog: Ich möchte mich zuerst für die ausführliche Beantwortung unserer schriftlichen Anfrage bezüglich bezahlbaren Wohnraums in Kreuzlingen ganz

herzlich bedanken. Wir freuen uns sehr zu hören, dass die Stadt Wohnbaugenossenschaften unterstützen und somit bezahlbaren Wohnraum in der Stadt fördern möchte. Ebenfalls erfreulich ist es, dass der Stadtrat vorsieht, in der kommenden Legislatur Projekte für bezahlbaren Wohnraum in städtischen Liegenschaften an der Marktstrasse anzugehen. Dennoch sind wir mit der Beantwortung dieser Anfrage nicht abschliessend zufrieden. Unserer Meinung nach reichen die genannten Massnahmen zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum allein nicht aus. In der Stadt Frauenfeld beispielsweise hat der Gemeinderat am 20. April 2016 ein Reglement zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum erlassen. Das Reglement beinhaltet unter anderem folgende interessante Möglichkeiten: Nach Art. 2 im Reglement soll die Stadt auch die Abgabe von geeigneten Grundstücken an gemeinnützige Bauträger fördern, welche nach den Grundsätzen der Kostenmiete vermieten. In Art. 2 Abs. 4 wird die Stadt zudem aufgefordert, ihr Landkreditkonto vermehrt für den Erwerb und die Abgabe von Grundstücken zu nutzen, welche dem Zweck von bezahlbarem Wohnraum dienen. Des Weiteren verpflichtet das Reglement den Stadtrat, eine Liste der städtischen Grundstücke, welche sich gut für Wohnüberbauungen eignen und nicht für öffentliche Zwecke benötigt werden, zu erstellen und zu publizieren. Die auf dieser Liste aufgeführten Grundstücke dürfen nur an Wohnbauträger abgegeben werden, welche die im Reglement festgelegten Kriterien einhalten, beispielsweise dass nur Mietwohnungen gebaut werden dürfen, dass nur nach Kostenmiete vermietet werden darf und dass es Belegungsvorschriften für Liegenschaften gibt. Diese Konditionen müssen auch im Grundbuch festgelegt oder eingetragen werden. Die im Reglement genannten Möglichkeiten wären auch für Kreuzlingen zusätzlich zu den Optionen, welche der Stadtrat in seiner Beantwortung genannt hat, interessant, um zusätzlich bezahlbaren Wohnraum in Kreuzlingen zu fördern.

31. Verschiedenes

31.1 Staatssekretariat für Migration – Informationsveranstaltung und Führung

SR Beringer: Wir wurden letzte Woche vom Staatssekretariat für Migration (SEM) informiert, dass in Kreuzlingen eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung geplant wird, um das neue Bundesasylzentrum ohne Verfahren vorzustellen. Uns wurden Terminvorschläge unterbreitet. Wir haben uns auf den 15. Februar 2019 einigen können. Es wird eine Abendveranstaltung geben. Wir wissen noch nicht wo, wir haben vorsorglich das Rathaus reserviert, weil der Dreispitz bereits besetzt ist, aber hier werden genauere Informationen an euch noch folgen. Vom SEM wird es dann in der Zeitung publiziert. Weiter haben wir vom Staatssekretariat eine Zusage erhalten, dass sie sich bereit erklären, für interessierte Stadträte und Gemeinderäte eine Führung zu organisieren. Wir werden einen Termin vereinbaren und im Gemeinderat eine Doodle-Umfrage machen, Interessierte können sich dann melden. Diese Veranstaltung wird voraussichtlich ebenfalls im Februar stattfinden.

31.2 Veröffentlichung des Gemeinderatsprotokolls

GR Sanfilippo: An der letzten Sitzung wurde der Gemeinderatspräsident darauf hingewiesen, dass über das Protokoll abgestimmt werden muss. Die Stadt Kreuzlingen oder die Kanzlei stellt diese Protokolle auf die Website. Passiert das, bevor die Protokolle von uns abgesegnet und genehmigt sind oder passiert das danach?

Der Ratspräsident: Das passiert nach dem Versand.

GR Sanfilippo: Dann ist es richtig, dass die Protokolle für die Öffentlichkeit ersichtlich sind, bevor wir sie genehmigt haben. Wenn das so ist, finde ich es unnötig, dass wir darüber abstimmen. Wieso ist es mir aufgefallen? Offenbar herrscht bei der Kreuzlinger Zeitung jetzt die Kultur, dass man aus Gemeinderatsprotokollen zitiert. Wenn das so ist, muss man sich halt warm anziehen. Es gibt verschiedene Seiten und verschiedene Sachen, die man über jeden ausplaudern kann. Ob da der Öffentlichkeitsschutz gewährleistet ist oder nicht, ist eine andere Frage. Ich habe bisher nur positive Rückmeldungen erhalten, ich solle weitermachen wie bisher.

GR R. Herzog: Ich möchte nur daran erinnern, dass die Gemeinderatssitzungen öffentlich sind. Ich sehe daher eigentlich auch kein Problem, warum das Gemeinderatsprotokoll nicht öffentlich sein soll, zu welchem Zeitpunkt auch immer. Alle Leute dürfen zuhören, was wir hier sagen, also dürfen es meiner Meinung nach auch alle Leute im Nachhinein lesen. Und im Nachhinein heisst im Prinzip schon morgen. Sie hätten nämlich auch hier sein können.

GR Hummel: Was öffentlich ist, darf man natürlich auch lesen. Öffentliches Protokoll heisst aber noch lange nicht, wenn es veröffentlicht ist, dass es auch stimmen muss. Es kann sein, dass einmal etwas nicht stimmt und jemand falsch zitiert wird. In diesem Fall ist es nicht so, das ist korrekt, aber dann kann man es beim nächsten Mal berichtigen.

Der Ratspräsident: Wir nehmen dieses Votum mit und diskutieren es im Büro. Wenn wir Handlungsbedarf sehen, werden wir entsprechend den Gemeinderat informieren.

31.3 Vertraulichkeit von Kommissionsprotokollen

GR Moos: Mit der Überweisung der Motion von GR Alexander Salzman wurde bewirkt, dass die Legislative zukünftig die personelle Kontrolle über die Sozialhilfekommission übernimmt. Ein Ziel der Motion war, gegenüber der Öffentlichkeit die Sozialkommission breiter abzustützen und damit Transparenz zu schaffen. Voraussichtlich am 14. März 2019 werden wir hier im Saal zum ersten Mal die 6 Mitglieder der Sozialhilfekommission wählen – notabene unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Letzte Woche wurde das Protokoll der GKS-Sitzung vom 27. November 2018 verteilt. Ich habe mit grossem Erstaunen festgestellt, dass das Protokoll bezüglich des Evaluationsverfahrens als vertraulich eingestuft wurde. Wie

das Vorgehen der GKS zur angeblichen Schaffung für Transparenz beitragen soll, erschliesst sich mir im ersten Moment nicht. Für mich stellen sich vor diesem Hintergrund folgende Fragen, die ich dem Gemeinderatspräsidenten gern stellen möchte: Gemäss Art. 17 der Geschäftsordnung des Gemeinderats steht jedem Gemeinderat ab Zustellung der Einladung das Recht zu, in sämtliche Akten Einsicht zu nehmen, die mit dem traktandierten Geschäft im Zusammenhang stehen. Ich frage mich, ob das auch für das vertrauliche Protokoll der GKS vorgesehen ist. Gemäss Art. 18 haben die Ratsmitglieder Verschwiegenheit über alle Vorkommnisse und Tatsachen zu bewahren, welche ihnen von Amtes wegen zur Kenntnis gekommen sind und an deren Geheimhaltung die Gemeinde oder beteiligte Personen ein berechtigtes Interesse haben, sofern nicht überwiegendes öffentliches Interesse der Geheimhaltung gegenübersteht. Warum braucht es bezüglich eines Geschäfts, welches im Gemeinderat behandelt wird, nochmals speziell eine Vertraulichkeit? Wie soll so gegenüber den Gemeinderäten und der Bevölkerung, welche wir vertreten, Transparenz geschaffen werden? Ich erinnere daran, ein Ziel der Motion war die Schaffung von Transparenz. Art. 39 regelt die Zugänglichkeit der Kommissionsprotokolle für Gemeinderäte. Protokolle können demnach nur von einer Kommission als vertraulich erklärt werden. Ich habe das Abstimmungsergebnis bezüglich der Vertraulichkeit im GKS-Protokoll nicht gefunden. Hat die Kommission GKS bezüglich Vertraulichkeit abgestimmt? Falls nein, möchte ich wissen, wer für die Vertraulichkeitserklärung verantwortlich ist. Im Reglement der Sozialhilfekommission findet man Informationen bezüglich des Vorgehens bei der Wahl der Mitglieder. In Art. 10 Abs. 3 steht unter anderem, dass die vorbereitende Kommission an den Gemeinderat eine Wahlempfehlung abgibt. Ich gehe davon aus, dass dieses Vorgehen genau gleich ist wie bei anderen gemeinderätlichen Kommissionen, welche Botschaften und Geschäfte behandeln. Ich habe noch nie erlebt, dass dem Gemeinderat Informationen wie nun seitens der GKS vorenthalten wurden. Nicht einmal wenn es um Empfehlungen der Einbürgerungskommission geht, jemanden nicht einzubürgern. Auch hier wird üblicherweise die Diskussion im Gemeinderat unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Allerdings haben die Gemeinderäte Einblick in das gesamte entsprechende Dossier inklusive Protokoll. Warum soll das bei der Wahl der Sozialhilfekommission anders sein? Traut die GKS dem Rest des Gemeinderats nicht zu, die Geheimhaltung gemäss Art. 18 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat zu wahren? Auch hier fehlt die geforderte Transparenz. Ist eigentlich die Geheimhaltung nicht höher als die Vertraulichkeit zu gewichten? Dann wäre die Erklärung des Protokolls, dieses als vertraulich einzustufen absurd, da die Mitglieder des Gemeinderats zur Wahrung des Amtsgeheimnisses sowieso verpflichtet sind. Ich werde mich bei der Wahl der Sozialhilfekommissionsmitglieder nicht einfach mit einer Liste abspeisen lassen, welche eine vorbereitende Kommission erstellt hat. Mich interessieren die Fragen, welche gestellt wurden. Mich interessiert, wer diese Fragen gestellt hat. Mich interessiert, aus welchen Gründen die Kandidaten zur Wahl empfohlen worden sind, ich möchte zwischen den Zeilen lesen. Nur so kann ich mit gutem Gewissen an der Wahl der Sozialhilfekommission teilnehmen. Nur so können die gewünschte Transparenz und Verankerung gegenüber dem Gemeinderat und der Bevölkerung geschaffen werden. Alles andere hat einen äusserst bitteren Beigeschmack.

Der Ratspräsident: Dazu kann ich ganz kurz etwas sagen. Dieses Geschäft haben wir in der GKS beraten. Für die GKS ist das absolutes Neuland. Den Persönlichkeitsschutz haben wir sehr hoch gewertet. Wenn wir das falsch oder nicht ganz richtig gemacht haben, haben wir sicher den Persönlichkeitsschutz der involvierten Personen bisher gewährleistet. Wir haben die Fragen gehört. Ich kann nicht alles aufnehmen, aber der Präsident der GKS hat es mitgehört und es ist ein Aufgabenkatalog, den die GKS jetzt zu lösen hat. Wir nehmen das mit.

GR Brändli: Zu dem, was der Präsident gesagt hat, habe ich nichts beizufügen. Zuständig bin ich, und ich sage dann, wenn es nicht mehr vertraulich ist. Basta.

GR Moos: Ich denke, die Gemeindeordnung hat nicht nur empfehlenden Charakter. Wir sollten uns unter Umständen auch daranhalten. Daher kann ich dieses Votum nicht ganz ernstnehmen.

GR R. Herzog: Als GKS-Mitglied möchte ich doch auch noch kurz etwas dazu sagen. In diesem Prozess von Bewerberinnen und Bewerbern, welche ihre Dossiers eingereicht haben, die über das Büro in die GKS kamen, war von Anfang an klar, dass die Leute, die sich bewerben, zu einem bestimmten Zeitpunkt noch die Gelegenheit haben müssten, ihre Kandidatur zurückzuziehen, wenn sie merken oder Signale bekommen, dass man zum Beispiel an ihrer Eignung zweifelt oder was auch immer. Damit das möglich ist und jemand sich aus dem Verfahren herausnehmen kann, bevor es zu einer mindestens im Gemeinderat öffentlichen Kandidatur wird, braucht es bis zu einem gewissen Zeitpunkt eine Verschwiegenheit. Und dieser Zeitpunkt ist noch nicht vorbei. Das bitte ich dich zu berücksichtigen und zu beachten. Die Kommunikation über Empfehlungen der GKS wird erfolgen, aber es muss so eine Phase geben, wo jemand sich auch noch zurückziehen könnte.

GR Moos: Dann stimmt das Vorgehen der GKS nicht zu unserer Gemeindeordnung, wenn es nicht passt. Oder die Gemeindeordnung stimmt nicht zum Vorgehen der GKS. Irgendwo gibt es da Widersprüche und diese Widersprüche gilt es auszuräumen.

GR Rink: Es wundert mich aber schon ein bisschen, dass auch schon in der Zeitung von gewissen Leuten zu lesen war, die sich für die Sozialhilfekommission zur Verfügung stellen und bewerben. Also so geheim und vertraulich müssen wir das ja nicht anschauen. Das verstehe ich nicht ganz.

31.4 Danksagung

GR Forster: Ich möchte etwas als Präsident der früheren WBU und heutigen Kommission Bau und Umwelt sagen, weil ich denke, es passt. Wie ich gesehen habe, habe ich die Leute alle hier im Saal. Wir haben in letzter Zeit in der Kommission verschiedentlich Sitzungen abgehalten, wobei Vorinformationen zu geplanten Sachen im Raum standen und auch stehen. Ich denke, das ist eine sehr

gute Sache des Stadtrats. Dabei sind auch immer verschiedene Mitarbeiter der Stadt zu Wort gekommen. Sie erklären uns, informieren uns und stehen für allhand Fragen der Kommission zur Verfügung. Darum ist es mir heute ein Anliegen, diese Mitarbeiter im Namen der ganzen Kommission zu loben und auch einmal zu erwähnen. Ich denke an Katja Bissegger, Heinz Theus, Antonio Sarno, Jean-Marc Vannier, Peter Buri, von den Technischen Betrieben Roland Haerle und von der Bauverwaltung den Umweltchef Stefan Braun sowie vom Departement Gesellschaft Ruedi Wolfender. Die Kommission wird von diesen Personen jeweils äusserst kompetent informiert und auch beraten. Deshalb kurz und bündig von mir zum Schluss: Allerliebsten Dank und arbeitet mit uns weiter so für Kreuzlingen zusammen.

31.5 Goodie

STP Niederberger: Die blaue Tasche ist ein neues Goodie, welches wir in unserem Angebot haben. Wir haben versucht, das auch auf dem Anlass AdventToGo, den wir letzte Woche hatten, zu verteilen. Man könnte es zum Beispiel als Sportsack brauchen, Schuhe und den Anzug einpacken. Wir haben noch mehr solcher Taschen. Wer mehr braucht, kann sich gerne bei uns melden.

31.6 Bahnhof Bernrain – Unterhaltsarbeiten

GR Forster: Somit habe ich es geschafft, der letzte im Jahr zu sein, das war mir ein Anliegen. SR Raggenbass: Stand Planung, Ideen Bahnhof Bernrain ist etwas, was das Volk interessiert. Gibt es im Moment Unterhaltsarbeiten, die anfallen?

Vize-STP Raggenbass: Arbeiten hat es immer. Wir stehen kurz vor der Entscheidung, wie wir weiter agieren, wem wir den Zuschlag geben wollen mit eurer Zustimmung. Daher nehmen wir im Moment keine Unterhaltsarbeiten vor.

Der Ratspräsident schliesst die Sitzung um 20:40 Uhr.

Beilagen

1. Tischvorlage Ersatzwahl in die Kommissionen

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmenzähler

Sitzung des Gemeinderats vom 13. Dezember 2018
Ersatzwahl in die Kommissionen

Wahlen (Traktandum 27.1)

Von der Fraktion SP/GEW/JUSO wird folgender Vorschlag unterbreitet, gültig ab 1. Januar 2019:

Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

Mitglied bisher	Hanns Wipf	neu	Adrian Knecht
-----------------	------------	-----	---------------

Kommission Bau und Umwelt

Mitglied bisher	Hanns Wipf	neu	Adrian Knecht
-----------------	------------	-----	---------------

13. Dezember 2018 / Stadtkanzlei